



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales



Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Karl Schiewerling  
karl.schiewerling@bundestag.de

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Max Straubinger  
max.straubinger@bundestag.de

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Dr. Heinrich Leonhard Kolb  
heinrich.kolb@bundestag.de

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Hubertus Heil  
hubertus.heil@bundestag.de

Staatsminister und Chef der sächsischen Staatskanzlei  
Herrn Dr. Johannes Beermann  
johannes.beermann@sk.sachsen.de

Staatsministerin des Bayerischen Staatsministeriums für  
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen  
Frau Christine Haderthauer  
m\_buero@stmas.bayern.de

Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit  
des Landes Schleswig-Holstein  
Herrn Dr. Heiner Garg  
birgit.gross@sozmi.landsk.de

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie  
und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz  
Frau Malu Dreyer  
malu.dreyer@masgff.rlp.de

## **Gerd Hoofe**

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2844 oder 2845

FAX +49 30 18 527-2848

E-MAIL buero.hoofe@bmas.bund.de

Berlin, 24. Februar 2010

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie  
des Landes Brandenburg  
Herrn Günter Baaske  
guenter.baaske@masf.brandenburg.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

ausgehend von der grundlegenden Verständigung über eine Grundgesetzänderung zur Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende soll eine interfraktionelle Bund-Länder-Arbeitsgruppe konkrete Lösungsvorschläge sowohl für die verfassungsrechtliche als auch für die einfachgesetzliche Umsetzung erarbeiten. Im Namen von Frau Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen danke ich für Ihre Bereitschaft, in dieser Arbeitsgruppe mitzuwirken. Zu deren konstituierender Sitzung darf ich Sie für

**den 26. Februar 2010, von 13.00 bis 16.00 Uhr,  
in das Bundesministerium für Arbeit und Soziales,  
Raum 1.24,  
Wilhelmstr. 49, 10117 Berlin**

einladen. In dieser Sitzung sollten wir Einvernehmen über die Ziele und das weitere Vorgehen erreichen. Inhaltlich geht es um die beiden Bereiche:

- Regelmodell: Zusammenwirken von Bund, Ländern und den nach Landesrecht zuständigen Gemeinden und Gemeindeverbänden auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf der Basis der bisherigen Zusammenarbeit in ARGEn.
- Option: Alleinige Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch Gemeinden oder Gemeindeverbände mit Zustimmung der obersten Landesbehörden (Zulassungsverfahren, Zulassungskriterien).

Für beide Modelle und ihre Ausgestaltung muss in diesem Zusammenhang auch der Handlungsrahmen für Steuerung und Aufsicht festgelegt werden.

Als Ergebnisse sollten die Formulierung für die notwendige Grundgesetzänderung und die Eckpunkte für die einfach-gesetzliche Umsetzung bis möglichst Ende März feststehen.

Die Arbeitsgruppe wird technisch unterstützt durch eine Geschäftsstelle im BMAS, die von Frau Dr. Elisabeth Neifer-Porsch, Abteilungsleiterin II, geleitet wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a final flourish.